

S.E. Sir Paul Lever

*Botschafter des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland, Berlin*

,,Europa in zehn Jahren: Wie wird es aussehen?“

Es ist immer ein Vergnügen, in Hamburg zu sein, aber es ist eine besondere Ehre, vor dem Übersee Club sprechen zu dürfen. Für mich ganz speziell. Ich war schon zweimal hier. Beide Male hatte ich die Rede, die gehalten wurde, geschrieben oder mindestens dazu beigetragen, aber es war der britische Außenminister, der sie hielt. 1980 war ich hier als junger Stellvertretender Büroleiter von Lord Carrington. Und 1997 als etwas älterer Direktor für Wirtschaft und EU im britischen Außenministerium mit Robin Cook. Deshalb freue ich mich heute Abend ganz besonders, dass ich diesmal für mich selber sprechen darf.

Herr Vorsitzender, Sie haben mir gesagt, ich dürfe mir mein Thema selbst aussuchen – aber ein Thema, das irgendwie mit Europa zu tun habe, sei für Ihr Publikum bestimmt interessant!

Europa ist immer in den Schlagzeilen. Ende letzter Woche fand in Barcelona ein EU-Gipfel statt, der sich mit den Problemen der Wettbewerbsfähigkeit Europas befasste. Und ein Konvent – ähnlich wie der Konvent von Philadelphia 1776, der die Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika entwarf – ist inzwischen dabei, die Entscheidungsmechanismen der EU zu überprüfen. Ich dachte also, es wäre einmal interessant, zusammen mit Ihnen zu überlegen, wie Europa in zehn Jahren aussehen wird. Ich wusste allerdings nicht recht, wie ich an dieses Thema herangehen sollte. Ein berühmter Amerikaner, ein Philosoph oder einer von den Marx Brothers, hat einmal gesagt: „Machen Sie nie Vorhersagen. Schon gar nicht über die Zukunft.“

Berufsdiplomaten sollten diesen Rat ganz besonders zu Herzen nehmen. Und gerade Europa und die Europäische Union haben uns in jüngster Zeit so viele Überraschungen beschert, dass man ein Narr sein müsste, um vorherzusagen, wie die Dinge in zehn Jahren stehen werden.

Ich habe mir also gedacht, dass ich Ihnen lieber drei Geschichten erzähle. Drei Märchen, wenn Sie so wollen. Märchen, die in der Zukunft spielen. Wie alle Märchen darf man sie nicht zu ernst nehmen. Aber vielleicht haben Sie ein bisschen Spaß daran. Machen Sie es sich also bequem und folgen Sie mir in die Welt der Fantasie.

***Erstes Märchen: Jean Monnets Traum***

Das erste Märchen nennen wir einmal „Jean Monnets Traum“. Es handelt von der Vision der Gründerväter der Europäischen Gemeinschaft. In ihrer Welt geht es immer nur aufwärts. Im gelobten Land scheint immer die Sonne. Und alle Landschaften sind blühende.

Wir befinden uns im Jahr 2012. Die Europäische Union hat 27 Vollmitglieder. Die jüngsten, Rumänien und Bulgarien, sind 2007 beigetreten. Und die Verhandlungen mit Kroatien, Bosnien, Albanien, Serbien/Montenegro und Mazedonien kommen gut voran und werden in den nächsten Monaten abgeschlossen sein. Auch mit der Türkei verhandeln wir. Ihre Menschenrechtsbilanz hat sich gewaltig verbessert: Kurdisch ist inzwischen Verwaltungssprache im Südosten des Landes, und die Bevölkerung hat dort eine weit gehende kulturelle Autonomie. Natürlich hatte man Anfang des Jahrzehnts die Befürchtung, eine so tief greifende

und schnelle Erweiterung würde die Europäische Union unregierbar machen. Aber der Konvent über die Zukunft Europas, der im Februar 2002 seine Arbeit aufnahm, war unerwartet erfolgreich. Seine Mitglieder zeigten sich außerordentlich kompromissbereit. Fragen, die die Regierungen früher auf traditionellen diplomatischen Wegen nie hatten regeln können, erwiesen sich jetzt als lösbar, nachdem ein repräsentativeres Organ den Auftrag dazu bekommen hatte.

Unter Valérie Giscard d'Estaings Vorsitz konnte der Konvent sich praktisch einstimmig auf eine Verfassung für Europa einigen. Die Regierungschefs brauchten diese Verfassung bei der Regierungskonferenz Ende 2003 nur noch abzusegnen. Sie vereinbarten auch, dass in Zukunft alle Änderungen der EU-Verträge durch solche Konvente vorbereitet werden sollten: Konvente, die hauptsächlich aus europäischen, nationalen und regionalen Abgeordneten gebildet wären und nicht ausschließlich aus Vertretern von Regierungen. Was steht nun in dieser neuen Verfassung? In erster Linie beinhaltet sie eine Neuordnung der Institutionen:

- Die Kommission ist jetzt für alle Exekutivefunktionen der Union zuständig. Sie ist also effektiv eine europäische Regierung.
- Das Europäische Parlament hat nun wirklich Macht. Es wählt nicht nur den Kommissionspräsidenten, sondern hat auch ein gemeinsames Initiativrecht mit der Kommission und dem Rat sowie volle Mitscheidungsrechte bei allen Rechtsvorschriften, auch im Haushaltsbereich.
- Um das Europäische Parlament repräsentativer zu machen, wurden die Wahlkreise für die Wahlen 2009 neu aufgeteilt. Jeder Wahlkreis sollte die gleiche Anzahl von Wählern haben. Hierfür war es nötig, manche Wahlkreise nicht mehr national, sondern regional zu organisieren. Die Wähler in Luxemburg teilen sich jetzt einen Wahlkreis mit der belgischen Gegend gleichen Namens. Jeder Wähler hatte zwei Stimmen: eine für den Wahlkreis und eine für die Europäische Volkspartei, die Partei Europäischer Sozialdemokraten oder andere Dachpartei.
- Der Ministerrat wurde in eine Art Kammer der Europäischen Staaten umgewandelt. Alle Beschlüsse werden jetzt mit qualifizierter Mehrheit gefasst.

Über diese Strukturen laufen alle Aktivitäten der EU. Die alte Unterscheidung zwischen den Säulen I, II und III wurde aufgehoben. Die Verfassung hat auch bewirkt, dass die Bürger der EU sich jetzt stärker mit dem europäischen Projekt identifizieren können. Sie wissen viel genauer, welchen Nutzen die EU ihnen bringt. Das liegt nicht zuletzt daran, dass die EU sich nicht mehr in Angelegenheiten einmischt, die besser auf nationaler oder lokaler Ebene geregelt werden. Außerdem hat sie bemerkenswerte Erfolge bei grenzüberschreitenden Projekten vorzuweisen, vor allem im Bereich Justiz und Inneres. So ist die Zahl der Asylbewerber dank der verbesserten Konfliktverhütungspolitik der EU zurückgegangen, und diejenigen Länder, die überproportional viele Asylanten aufnehmen, bekommen zusätzliche EU-Gelder.

Diese Verfassung hatte auch bemerkenswerte Auswirkungen auf das europäische Bewusstsein. Die europäischen Medien, einmütig wie nie zuvor, rühmten die Verfassung als Dokument, mit dem sich alle europäischen Bürger identifizieren könnten. Endlich wusste jeder, welchen Sinn und Zweck die EU hatte und in welchen Politikbereichen sie sich engagieren sollte. Die Folge war, dass bei den Wahlen für das Europaparlament im Juni 2004 rund 85% aller Wahlberechtigten zu den Urnen gingen. Sie wussten, dass es auf ihre Stimme ankam. Denn zum ersten Mal würde die Partei, die die meisten Sitze erringen würde, den Präsidenten der Europäischen Kommission stellen. Damals schlug die Sozialdemokratische Partei Europas mit knapper Mehrheit die Europäische

Volkspartei, so dass Tony B. (und nicht José Maria A.) Nachfolger von Romano Prodi wurde. Gleichzeitig konnten die Bürger in einem europaweiten Referendum über die neue europäische Verfassung abstimmen: sie stimmten mit einer triumphalen Mehrheit von 80% dafür.

Die Beschlüsse in der Steuer- und Sozialpolitik werden jetzt mit qualifizierter Mehrheit gefasst. Die Bedenken der britischen Regierung schwanden, als die Regierungen Frankreichs, Deutschlands und anderer Staaten im Zuge ihrer Strukturreformen in den Jahren 2003 bis 2006 massive Steuersenkungen einführten. Plötzlich kamen in Großbritannien Befürchtungen auf, es könne zu Kapitalabflüssen und einem Rückgang an ausländischen Investitionen kommen, so dass man eine gewisse Steuerharmonisierung für angebracht hielt.

Die EU verfolgt im Jahr 2012 wirklich eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Die Ämter des Kommissars für die Außenbeziehungen der EU und des GASP-Beauftragten – 2002 waren das Chris Patten und Javier Solana – wurden 2005 fusioniert. Es gibt jetzt einen EU-Außenkommissar namens Guido W. Und EU-Botschaftern in den zwanzig Ländern, die für die EU besonders wichtig sind – unter anderem in Tokio, Moskau, Peking, Washington, Delhi und Islamabad.

Die EU hat einen gemeinsamen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat und wird allein vom Präsidenten der Kommission in der G8 vertreten (es ist immer noch eine G8, nachdem China, Brasilien und Indien hinzugebeten wurden).

Natürlich waren diese Beschlüsse damals umstritten. Aber im Zuge der immer schnelleren Globalisierung wuchs die Einsicht, dass die nationalen Interessen in der Außenpolitik und in der Wirtschaft am besten über die EU-Strukturen vertreten werden.

Die EU übernahm 2003 von der NATO die Verantwortung für die Schutztruppe in Mazedonien – hiermit kam die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik zum ersten Mal zum Einsatz. Nach dem Rückzug der US-Bodentruppen aus dem Balkan übernahm die EU 2004 die SFOR und KFOR in Bosnien und im Kosovo. Die EU führte 2008 auch einen erfolgreichen autonomen Militäreinsatz durch, und zwar in Algerien. Die Amerikaner boten ihre politische Unterstützung an, gaben aber klar zu verstehen, dass dies nicht ihr, sondern Europas Hinterhof war. Dabei wurden einige Interoperabilitäts-Mängel festgestellt, aber insgesamt hat die EU sich tapfer geschlagen. Die massiven Investitionen in weitere Luftransportfähigkeiten im Jahr 2006 zahlten sich aus.

Die erstaunlichste Entwicklung in den letzten Jahren war jedoch in der Wirtschaft zu beobachten. Zu Beginn des Jahrzehnts war der Euro schwach; das europäische Wachstum lag um einige Prozentpunkte hinter dem amerikanischen; und man befürchtete allgemein, besonders auf den Finanzmärkten, die EU könnte den Herausforderungen des Internet-Zeitalters nicht gewachsen sein.

Der Gipfel von Barcelona im Frühjahr 2002 war vielleicht schon ein Vorbote des Wandels. Aber für den echten Durchbruch waren weniger die Entscheidungen der Regierungen verantwortlich (obwohl die enormen Steuersenkungen zwischen 2003 und 2006 gewiss eine Hilfe waren), als vielmehr die strukturellen Änderungen in den Volkswirtschaften der EU nach der Einführung des Euro und des gemeinsamen Steuerraums.

Das früheste Beispiel hierfür war natürlich Nokias Übernahme von Ericsson 2003 und Siemens und Motorola 2006. Der Börsenwert des neuen Konzerns, des bei weitem größten in Europa, entspricht ungefähr dem von Microsoft. Damit war der Weg frei für eine neue Generation von Internet-Unternehmern. Die Rückübernahme von Bertelsmann durch Pixelpark in Deutschland 2006 zeigte anschaulich, wie Kinder heute ihre Eltern verschlingen.

Eine gute Sache war natürlich die Entscheidung der EU, als Amtssprache nur noch Englisch zu benutzen. Und die großen Investitionen in das Bildungswesen Mitte des Jahrzehnts waren ebenfalls hilfreich. Das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung ist in der EU inzwischen 25% höher als in den Vereinigten Staaten; und für nächstes Jahr wird eine Wachstumsrate von 4,5% vorhergesagt. Eine eindrucksvolle Zahl, wenn auch nicht im Vergleich zu den über 20% pro Jahr, die China seit der demokratischen Revolution im Jahr 2006 erzielt.

In vieler Hinsicht ist die europäische Wirtschaft also der amerikanischen ähnlicher geworden. Natürlich sind immer noch Unterschiede zu erkennen. Europa hat ein viel effektiveres soziales Netz beibehalten. Das Problem einer Unterschicht von Arbeitnehmern ohne Qualifikation existiert in Europa nicht mehr. Die großen Unruhen in den amerikanischen Südstaaten in den heißen Sommern von 2008 und 2009 überzeugten viele Europäer, dass es richtig war, das europäische Sozialmodell, wenn auch in modifizierter Form, beizubehalten.

In den meisten Mitgliedstaaten gibt es immer noch politische Randgruppen, die sich diesem Integrationszug widersetzen. Die UK Independence Party bekommt immer noch einen Sitz im Europaparlament. Die Bayerische Republikanische Union ebenfalls (sie spaltete sich von der CSU ab, als deren Vorsitzender zur Überraschung seiner Anhänger plötzlich zum Erzbefürworter einer tieferen europäischen Integration wurde). Aber sie sind in der Minderheit. Was die Historiker in diesem Jahrzehnt am meisten erstaunen wird, ist, wie rasch und problemlos die Wähler in den ehemals stolzen Nationalstaaten mit ihrer ausgeprägten nationalen Identität plötzlich beschlossen haben, weit gehende Kompetenzen an die europäische Ebene abzutreten – zum Nutzen aller.

Natürlich finden auch weiterhin nationale Wahlen statt. Aber die Wahlbeteiligung liegt in den meisten Ländern bei unter 50%. Kein Vergleich zu den mindestens 85% bei den Europawahlen – aber hier liegt ja auch die eigentliche Macht. Das war also ein Märchen, wo für die Anhänger von Jean Monnet alles Schöne und Gute in Erfüllung geht. Ein Märchen mit einem Happy End für alle.

### **Zweites Märchen: Der Alptraum**

Aber nicht jeder träumt Jean Monnets Traum. Schauen wir uns also einmal das zweite Märchen an. Es heißt „Alptraum“. Im zweiten Märchen hat die EU im Jahr 2012 über 20 Mitglieder. Aber sie sieht ganz anders aus. Der Wendepunkt kam mit dem totalen Chaos, das im Konvent über die Zukunft Europas in den Jahren 2002-2003 herrschte.

Sein Vorsitzender bemühte sich anfangs, die Disziplin mit Hilfe des Präsidiums zu verbessern. Doch die europäischen Parlamentarier machten nicht mit, verließen geschlossen den Saal und boykottierten den Konvent drei Monate lang. Als sie zurückkehrten, waren die Fronten zwischen den verschiedenen Interessengruppen so verhärtet, dass man sich auf nichts mehr einigen konnte.

Schließlich kam eine so genannte Verfassung zustande. Aber es war das Werk einer Minderheit und wurde von den Vertretern von fünf Regierungen und vielen nationalen Abgeordneten abgelehnt. Die anschließende Regierungskonferenz war ebenfalls ein Flop. Die Erweiterung verzögerte sich. Und kompliziert wurde alles noch durch das Nein beim zweiten irischen Referendum.

In den folgenden Jahren wuchs bei vielen Mitgliedstaaten die Frustration über die mangelnde politische Handlungsfähigkeit der EU, und zwar gerade in den Fragen, die für ihre Bürger am wichtigsten waren, zum Beispiel bei der inneren und äußeren Sicherheit. Nach einer entsetzlichen Serie von Terroranschlägen auf EU-Gebiet war die EU tat-

sächlich nicht in der Lage zu reagieren. Denn einige kleine Länder konnten jede praktische Maßnahme zur Selbstverteidigung blockieren.

Die Folge war, dass Frankreich und Deutschland die vier anderen Gründerstaaten überzeugten, dass sie die Integration unter sich vorantreiben müssten, damit die Impulse für die europäische Integration erhalten blieben. Sie bildeten also eine Föderation innerhalb der EU. Sie poolten ihre Souveränität in der Außen- und Verteidigungspolitik, im Steuer- und Sozialwesen und bei der Polizei-, Migrations- und Asylpolitik. Sie haben in diesen Ressorts gemeinsame Ministerien, die auf Betreiben Frankreichs in Straßburg angesiedelt sind. Bei Ratstagungen in Brüssel vertritt ein Minister die gesamte Föderation; er hat dann ein Stimmengewicht von 40%.

Folglich gibt es innerhalb der EU jetzt drei Kategorien:

- erstens, einen inneren Kreis – die Föderation;
- zweitens, die alten Mitgliedstaaten: die nordischen Staaten, Großbritannien, Irland, Spanien und Portugal; sie lehnen jede weitere Integration ab und sperren sich gegen alle Versuche der Föderation, in der EU einen neuen Besitzstand durchzusetzen;
- und drittens, die neuen Mitglieder aus Mittel- und Osteuropa. Sie sind im Jahr 2008 endlich beigetreten. Aber sie fühlen sich als Bürger zweiter Klasse. Sie ärgern sich über die vielen Übergangsregelungen, die ihnen in der Landwirtschaft und bei der Freizügigkeit aufgezwungen wurden. Und sie sind zunehmend verunsichert über die immer strengeren Kriterien für die Mitgliedschaft in der Eurozone. Ganz offensichtlich haben die reicherer Länder ihre traditionelle Großzügigkeit gegenüber den ärmeren aufgegeben. Jedenfalls brauchen sich die neuen Mitglieder keine Hoffnungen darauf zu machen, auch nur an nähernd so umfangreiche Finanztransfers zu bekommen, wie Irland, Spanien und Portugal sie bei ihrem Beitritt bekommen haben.

Einer der bisherigen Mitgliedstaaten trat 2006 unter Regierungschef Jörg H. aus der EU aus. Und ein Beitrittskandidat ist schließlich doch nicht beigetreten. Die Verhandlungen waren schon abgeschlossen. Aber die Regierung unter Premierminister Vladimir M., die an die Macht kam, bevor der Vertrag ratifiziert wurde, distanzierte sich davon und ließ statt dessen das Volk darüber abstimmen.

Das Ergebnis war ein entschiedenes Nein. Die EU-Gegner hatten argumentiert, dass die EU im Verlauf der Beitrittsverhandlungen wenig Entgegenkommen gezeigt hatte. Tschechien hatte lange genug versucht, den Acquis zu übernehmen und umzusetzen, ohne irgendeinen Lohn dafür zu bekommen. Ein EU-Beitritt erinnerte stark an die Zwangsjacke des Kommunistischen Blocks und des Comecon. Und Norwegen und die Schweiz bewiesen ja, dass es auch anders ging.

Der Euro ist stabiler geworden, zum einen infolge der gemeinsamen Politik der Föderation und zum anderen, weil die Chancen eines Beitritts der mitteleuropäischen Staaten geringer sind. Aber die kleineren Volkswirtschaften der Währungsunion, die nicht in der Föderation sind, leiden beträchtlich darunter, dass die Währungspolitik mehr und mehr auf die Föderation zugeschnitten ist und die unterschiedlichen wirtschaftlichen Bedingungen an ihrer Peripherie nicht genügend berücksichtigt werden. In Irland und Portugal sind die Leute sogar auf die Straße gegangen und haben die Wiedereinführung der alten Währungen gefordert.

Der Binnenmarkt zerbricht langsam daran, dass die Föderation immer strengere Normen setzt. Wenn die anderen Staaten sich über Protektionismus beschweren, wirft sie ihnen umgekehrt Sozial- und Umweltdumping vor. Die Föderation führte 2008 Pass- und Zollkontrollen für andere EU-Staaten ein – ein juristisch zweifelhaftes Unterfangen, das aber

Ausdruck eines starken Volksempfindens war. Unterdessen ist die Popularität der Föderation in den letzten Jahren selbst in den Staaten, die ihr angehören, zurückgegangen. Massive Unterstützung fand hingegen eine Unterschriftenkampagne in Hessen unter dem Slogan „Wir sind keine Europäer, sondern Deutsche“.

Und auch in den EU-Staaten, die nicht der Föderation angehören, ist die Popularität der Union auf dem Tiefpunkt. Die protektionistische Außenhandelspolitik, die die Föderation ihren Partnern diktirt hat, hat zu Ressentiments geführt und in jedem Fall auch Arbeitsplätze gekostet. Kein Wunder, dass Großbritannien, Dänemark und Spanien (das keine Strukturfondsgelder mehr bekommt) für den Herbst 2012 Volksabstimmungen über den Verbleib in der EU angesetzt haben.

### ***Die Realitätskontrolle***

Mein drittes Märchen ist weder ein Wunschtraum noch ein Alptraum. Nennen wir es „Die Realitätskontrolle“. In dieser Geschichte sieht die EU 2012 nicht so viel anders aus als heute. Sie ist weder ein Superstaat, noch ist sie bloß ein Bündnis von Staaten, die auf Regierungsebene zusammenarbeiten.

Sie hat 29 Mitglieder. Die EU entschloss sich, 2004 alle 10 Kandidaten der ersten Verhandlungsgruppe auf einen Schlag aufzunehmen. Bulgarien und Rumänien traten 2008 bei, zugleich mit der Schweiz und Norwegen. Einige Balkan-Staaten sind mitten in Verhandlungen, aber mit ihrem Beitritt ist erst in zwei bis drei Jahren zu rechnen.

Die EU-Erweiterung gestaltet sich zwar schwierig, aber sie funktioniert. Sie hat den alten und den neuen Mitgliedern viel Solidarität abverlangt. Manche Probleme, vor allem in der Landwirtschaft, Umwelt und bei der Freizügigkeit, haben uns zeitweise viel Kopfzerbrechen bereitet.

Erst ganz zu Ende der Verhandlungen waren die alten Mitglieder bereit, einer weit reichenden Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik zuzustimmen. Die Praxis der Direktzahlungen an die Landwirte aus dem EU-Haushalt wurde schrittweise eingestellt. Solche Subventionen sind jetzt Sache der nationalen oder regionalen Regierungen.

Der Konvent war erfolgreich. Aber seine Ergebnisse blieben etwas hinter den Erwartungen mancher Kommentatoren zurück. Der Verfassungsvertrag, der daraus entstand, sorgte für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen weit reichender Reform und Konsensfähigkeit. Das Ergebnis ist eine Union, die besser verstanden wird, den Bürgern sympathischer ist und besser in der Lage ist, eine für die europäischen Bürger relevante Politik zu machen. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass an den Anfang des Vertrags eine Grundsatzklärung gestellt wurde, die ganz klar beschreibt, wozu die EU da ist und was sie konkret an Mehrwert schaffen kann; und die eine klare Trennung zwischen den Aufgaben der EU und denen der Mitgliedstaaten vornimmt.

Eine Machtverschiebung großen Stils zwischen den Institutionen hat nicht stattgefunden. Die Mitgliedstaaten und insbesondere ihre Regierungschefs bestimmen nach wie vor die europäische Agenda. Die demokratische Legitimation geht immer noch von ihnen aus. Dank einer Reform der Arbeitsmethoden des Rates, die 2002 eingeleitet wurde, sind die Entscheidungsmechanismen der EU immer noch effektiv, obwohl heute 29 Mitglieder um den Tisch sitzen.

- Die Zahl der Räte wurde auf 10 verringert.
- Das Rotationsverfahren für den Ratsvorsitz wurde abgeschafft. Die Ratsvorsitzenden werden jetzt vom Rat gewählt. Die 10 Vorsitzenden tagen häufig als eine Art Lenkungsausschuss, wo sie eine wichtige Koordinierungsrolle spielen. Daneben bereiten sie natürlich auch die Europäischen Räte vor.

- Der Europäische Rat konzentriert sich jetzt ganz auf strategische, ressortübergreifende Fragen. Überfrachtete Tagesordnungen gehören der Vergangenheit an.
- Die EU-Gipfel müssen nicht mehr als letzte Instanz herhalten, wenn Staaten Entscheidungen blockieren wollen, da in den Räten jetzt mit qualifizierter Mehrheit entschieden wird.

Die Kommission ist auf 12 Mitglieder verkleinert worden, ihre Befugnisse sind aber mehr oder weniger gleich geblieben. Die Mitgliedstaaten kamen überein, dass die Kommission ihre Unabhängigkeit behalten sollte. Und zwar sowohl gegenüber dem Parlament wie auch gegenüber dem Rat. Das Europäische Parlament hat inzwischen ein Mitentscheidungsrecht in fast allen Politikbereichen. Aber daneben gibt es einen Ausschuss, der aus Vertretern der nationalen Parlamente gebildet wird. Gesetzgeberische Kompetenzen hat diese Kammer nicht. Sie kontrolliert die intergouvernementelle Arbeit, zum Beispiel die gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik. Und sie passt auf, dass das Subsidiaritätsprinzip eingehalten wird. Die Bildung der zweiten Kammer war wesentlicher Bestandteil der Strategie, Europa bürgerfreundlicher zu machen.

Natürlich war die Kommission anfangs nicht glücklich darüber, dass ihre Arbeit sich jetzt mehr auf die Ausführung der Politik konzentrieren sollte. Aber die jetzigen Kommissionsmitglieder nutzen die Chancen, die ihnen 2005 durch einen Beschluss der Regierungskonferenz eröffnet wurden: die Kommission ist jetzt nämlich verantwortlich für die verschiedensten öffentlichen Verwaltungsaufgaben auf europäischer Ebene. Unter anderem für Lebensmittelsicherheit, Fluglotsenwesen und für die Verhandlungsführung bei allen internationalen Verträgen im Namen der Union, zum Beispiel auch in dem wichtigen neuen Bereich des elektronischen Handels.

Der Präsident der Kommission Jürgen Schr. erläuterte es so: „Unsere Aufgabe ist nicht, Zukunftsträume zu träumen. Sondern der europäischen Öffentlichkeit von heute einen erstklassigen, einen Mercedesklasse Service zu bieten.“ Schr., der erste deutsche Kommissionspräsident seit Hallstein, war als Kandidat umstritten. Aber der ehemalige Bundeskanzler Gerhard S., im Jahr 2012 Vorsitzender im Aufsichtsrat des größten Automobilkonzerns der Welt, Daimler-Bayerisches Motorenwerk, meinte dazu: wenn ein ehemaliger Politiker in die Wirtschaft gehen kann, warum sollte dann nicht ein Manager die Kommission leiten?

Das Versprechen des Lissabonner Gipfeltreffens von 2000, „die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen – einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen“ wurde mehr oder weniger eingehalten. Die Märkte lassen erkennen, dass Europa, was Wachstum und wirtschaftliche Perspektiven betrifft, Amerika eingeholt, wenn nicht gar überholt hat. Der Euro hat sich stabilisiert und bewährt.

Die Integration vollzog sich jedoch nicht nur nach dem klassischen Modell, sondern auch die variable Geometrie wurde teilweise verwirklicht. Die Verteidigung liefert das prominenteste Beispiel. Einige EU-Staaten schlossen sich 2007 zum ersten autonomen Militäreinsatz der EU zusammen, der Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der Stabilität in Nigeria nach der Einigung zwischen den islamischen Nationalisten und den Republikanern.

Wo eine engere Zusammenarbeit dieser Art in Betracht kommt, entscheiden die Mitglieder aufgrund nationaler Kriterien, ob sie sich daran beteiligen wollen oder nicht. Die Konstellation der Partner ist jedes Mal

eine andere. Es gibt keinen harten Kern, keine Pioniergruppen. Großbritannien ist meistens mit von der Partie, aber auch 2012 hält es noch an der nationalen Kontrolle seiner Grenzen fest, und das wird vorerst auch so bleiben. Manche Länder beteiligen sich grundsätzlich nicht an militärischen Operationen. Andererseits sind manche der neuen mittel-europäischen Staaten noch nicht bereit für eine engere Zusammenarbeit im Umweltbereich. Aber sie bekunden Interesse am Angebot der EU, ihnen bei der Annäherung an die neuen Emissionsnormen behilflich zu sein, die 2008 von zehn Mitgliedstaaten einschließlich Großbritanniens aufgestellt wurden.

Die EU wird jetzt viel besser von ihren Bürgern verstanden. Die zweite Kammer, die Charta der Grundrechte und verschiedene andere Initiativen der Kommission haben das Interesse der Bürger an Europa geweckt. Alle Mitgliedstaaten strengen sich viel mehr an, die Öffentlichkeit über den Sinn und Zweck der EU aufzuklären und die Entscheidungsverfahren transparenter zu machen.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang die routinemäßige Fernsehübertragung von Sitzungen der Kommission und des Rates im Eurosky Channel. Und auch die Dokumentarfilmserie „Sechs Monate im Leben von Daniel C.-B.“, der 2010 zum Präsidenten Europäischen Parlaments gewählt wurde, fand großes Interesse.

Die Öffentlichkeitsarbeit konnte, neben anderen Aktivitäten, von den zusätzlichen Geldern profitieren, die durch den Verkauf der Gebäude des Europäischen Parlaments in Straßburg und Luxemburg und die Konzentration der gesamten Parlamentsarbeit in Brüssel frei wurden. Dies hat auch den Vorteil einer besseren Medienberichterstattung über die Arbeit des Parlaments. Die Erfolge der Öffentlichkeitsarbeit der EU lassen sich auch am monatlichen Eurobarometer ablesen. Der Prozentsatz positiver Antworten auf die Fragen „Ich verstehe, wozu die EU da ist“ und „Ich glaube, dass die EU gut ist für den Wohlstand und die Sicherheit der EU“ ist heute so hoch wie nie zuvor.

Aber, mit Heraklit zu sprechen: „Alles fließt“. Nach einer ziemlich langen Periode der erfolgreichen Konsolidierung fragen sich die Leute wieder, wohin das Fahrrad steuert. Der ehemalige deutsche Außenminister Josef F., der nach fünf sehr erfolgreichen Jahren als Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen in den Ruhestand getreten ist, hat gerade eine Schrift verfasst mit dem Titel „Europa im Jahr 2020 – weitere Gedanken zur Finalität“. Sie fand großes Echo in den europäischen Medien, und die britische Premierministerin wird nächste Woche in einer Sondersitzung des Europäischen Parlaments ihre eigenen Gedanken dazu vorstellen.

In einer Parteitagsrede erklärte sie neulich: „Die Stärke der britischen Demokratie war immer ihre Fähigkeit, den Wandel zu bewältigen. Wir sollten uns also ganz objektiv mit diesen neuen Ideen auseinander setzen. Die letzten zehn Jahre haben gezeigt, dass Europa keine Gefahr für uns ist. Es ist eine Chance. Niemand nimmt uns unsere Identität weg. Die Grundlage für die politische Legitimation in Europa wird immer der Nationalstaat bleiben. Nachdem dies von niemandem mehr in Frage gestellt wird, können wir es uns leisten, die Verantwortung für die Politik in unseren Ländern unverkrampter mit unseren Partnern zu teilen.“

Das war es also. Drei kleine Märchen. Gedankenspiele eines alternden Diplomaten. Aber – und daran erinnert uns jedes Jahr in Deutschland der 3. Oktober: *fairy tales sometimes come true.* ■